



Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der Gemeinde Schönberg
(SCHÖN/BA/07/2011) vom 18.05.2011

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Sönke Stoltenberg

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Herr Uwe Kaßler

Herr Henner Meckel

Frau Claudia Petersen

Herr Dieter Schimmer

Herr Horst Wegner

Sachkundige/r

Herr Evers (VKP)

Herr Levsen

Gäste

Herr Peter Ehlers

Herr Detlef Klose

Herr Hans-Hermann Malchau

Herr Wilfried Zurstraßen

Protokollführer/in

Herr Wolfgang Griesbach

Beginn: 20:00 Uhr

Ende 23:45 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Ausschussvorsitzender Stoltenberg eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Auf Antrag von Ausschussvorsitzenden Stoltenberg wird der Tagesordnungspunkt 7 aufgeteilt in 7 a „Auftragsvergabe Hallentore Feuerwehrhaus“ und 7 b „Auftragsvergabe Straßensanierung 2011“

Stimmenverhältnis: dafür = 8, einstimmig

Die Tagesordnung lautet damit wie folgt:

- öffentliche Sitzung -

1. Bürgerfragestunde
2. Niederschriften der Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses vom 31.03.2011 und 07.04.2011
3. Aufstellung von B-Plänen im Bereich der Finnenhaussiedlung (Fachvortrag durch ein Planungsbüro)
4. Verkehrsangelegenheiten - a) Lünninghsredder (Antrag der SPD-Fraktion) b)
5. Städtebaulicher Vertrag B-Plan Nr. 57 - Sachstandsbericht
6. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Bürgerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Ausschuss gestellt.

TO-Punkt 2: Niederschriften der Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses vom 31.03.2011 und 07.04.2011

Herr Meckel weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt 5 der Sitzung am 07.04.2011 auch er den Raum wegen der Besorgnis der Befangenheit verlassen hat. Weiterhin wurde der Inhalt des 2. Absatzes erst angesprochen, nachdem die befangenen Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses bereits den Raum verlassen hatten, so dass dieser Absatz verschoben werden muss.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

TO-Punkt 3: Aufstellung von B-Plänen im Bereich der Finnenhaussiedlung (Fachvortrag durch ein Planungsbüro)

Ausschussvorsitzender Stoltenberg erläutert einleitend die Problematik der Finnenhaussiedlung. Auch wenn es bereits unerwünschte Veränderungen gegeben hat, so hat die Siedlung doch noch einen herausragenden Charakter und ist für Schönberg einmalig. Herr Jänicke vom Planungsbüro Jänicke und Blank aus Kiel wurde nun zunächst eingeladen, weil er die Überplanung der Finnenhaussiedlung in Preetz durchgeführt hat. Ausschussvorsitzender Stoltenberg bittet Herrn Jänicke sodann, seine Erfahrungen zur Planung in Preetz vorzustellen.

Herr Jänicke stellt sich zunächst vor und erklärt, dass er bereits seit 30 Jahren in der Stadtplanung tätig ist und er sich im Laufe der Jahre insbesondere auch auf Bestandsplanungen spezialisiert hat. Eine Bestandsplanung hat im Gegensatz zu einem Neubaugebiet auf der

grünen Wiese eine ganze Reihe von Besonderheiten, die sich aus der vorhandenen Baubsubstanz ergeben. Im Bereich des Amtes Probstei hat Herr Jänicke bisher die Dorfmitte von Probsteierhagen, die Bebauung am Strand der Gemeinde Stein und ein Baugebiet in Krokau geplant. Zur Zeit plant er eine Änderung des Bebauungsplanes in der Gemeinde Fahren sowie eine Ausweisung von Saisonparkplätzen in der Gemeinde Stakendorf.

Anhand von Bildern zeigt Herr Jänicke sodann die bisherige Entwicklung der Finnenhausiedlung in der Stadt Preetz auf. Es hat zwar durch An- und Umbauten bereits viele Abweichungen gegeben, aber ca. 40 % der Gebäude sind immer noch unverändert und so lohnt es sich, einen Bebauungsplan zur Bestandserhaltung aufzustellen. In Schönberg sieht Herr Jänicke nach einer Besichtigung der Siedlung den prozentualen Anteil der noch unveränderten Gebäude ähnlich wie in Preetz. Auch hier empfiehlt Herr Jänicke eine Planung durchzuführen. Er weist dabei ausdrücklich darauf hin, dass die vorhandenen, genehmigten Abweichungen einen Bestandsschutz genießen. Für künftige An- und Umbauten und auch für Neubauten würde jedoch der dann rechtskräftige Bebauungsplan gelten.

Es schließt sich eine Diskussion an, in der insbesondere die Parkplatzsituation auf den Grundstücken, die bereits vorhandenen Farben, die rückwärtige Bebauung und die Möglichkeiten, die Energieeinsparverordnung einhalten zu können, angesprochen wurden. Auf die Frage, warum in Preetz keine Erhaltungssatzung erlassen wurde, erklärt Herr Jänicke, dass über eine Erhaltungssatzung sehr starre Vorgaben festgelegt werden, während ein Bebauungsplan auch noch eine gewisse Flexibilität zulässt. Politisch war es in Preetz nicht gewollt, eine Erhaltungssatzung zu erlassen.

Ausschussvorsitzender Stoltenberg bedankt sich sodann bei Herrn Jänicke und verabschiedet ihn. Ein Beschluss wird in dieser Sitzung nicht gefasst.

TO-Punkt 4: Verkehrsangelegenheiten - a) Lünningsredder (Antrag der SPD-Fraktion) b) Gehrtshorst

Herr Winkler erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. So wurde in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 13.01.2011 beschlossen, dass ein Vertreter der VKP zu einer Sitzung eingeladen werden sollte, um die Thematik dann direkt besprechen zu können. Da dies bisher nicht geschehen war, sah sich die SPD-Fraktion veranlasst, dies zu beantragen. Ausschussvorsitzender Stoltenberg bestätigt die Vorgehensweise, die CDU-Fraktion wollte zur Einrichtung einer neuen Haltestelle im Lünningsredder vorab jedoch eine Befragung der betroffenen Bürger vornehmen. Dies ist zwischenzeitlich durch die CDU-Schönberg durch Befragung einzelner Bürger aus der Strasse auch geschehen, mit dem Ergebnis, dass auch die Bürger es für sinnvoll halten, wenn im Lünningsredder eine zusätzliche Haltestelle eingerichtet wird.

Herr Evers erläutert den Sachverhalt daraufhin aus Sicht der VKP. Die VKP ist froh, den Lünningsredder weiter durchfahren zu können, eine Durchfahrt bis zum Kreisel und zurück würde ca. 1,6 Km zusätzliche Fahrstrecke und damit 3 bis 4 Minuten Fahrverlängerung bedeuten.

Es schließt sich eine umfassende Diskussion an, in der insbesondere eine Durchfahrt bis zum Kreisel kontrovers angesprochen wird. Auf die Frage von Ausschussvorsitzenden Stoltenberg, wie lange die Haltezeit für die zusätzliche Haltestelle am Lünningsredder mit einem Einstieg von ca. 20 bis 30 Kindern sein wird, erklärt Herr Evers, dass dafür ca. 1 bis 2 Minuten anzusetzen wären, wobei die Kinder ansonsten auch in der Ostseestraße zugestiegen wären. Welche Auswirkungen eine Durchfahrt zum Kreisel auf den Zeitplan tatsächlich hätte, konnte Herr Evers nicht beantworten, weil die aufgeworfenen Fragen von Seiten der VKP

nicht ermittelt und geprüft wurden. Der Ausschussvorsitzende verleiht seinem Unmut Ausdruck, weil offensichtlich keine ausreichende Vorbereitung durch den Vertreter der VKP auf den heutigen Termin erfolgte. Ausschussvorsitzender Stoltenberg gibt zu Bedenken, dass eine Haltestelle im Bereich des Neubaugebietes Strandstrasse viel effektiver und sinnvoller erscheint und dieses angedacht werden sollte. Beim Durchfahren des Kreisels durch den Schnellbus kann dieser dort die Fahrgäste aus dem Gebiet aufnehmen. Zumindest muss über eine Verlegung der Haltestelle oder zusätzlicher Haltestellen nachgedacht werden. Eine Verlegung darf jedoch nicht zu Nachteilen für andere Bürger führen. Es bestehen von Seiten der VKP keine Bedenken, wenn die Gemeinde die Kosten der Verlegung der Haltestellen trägt.

Herr Cordts beantragt daraufhin folgenden Beschluss zu fassen:

- A) Der Lünningsredder kann von der VKP weiterhin durchfahren werden,
- B) Es wird eine zusätzliche Haltestelle im Bereich Stakendorfer Tor Ecke Lünningsredder eingerichtet und
- C) Die Haltestelle am Albert-Koch-Platz wird soweit wie möglich in Richtung des neuen Baugebietes an der Strandstraße verschoben

Herr Cordts erklärt, dass die EIS-Fraktion nur unter der Voraussetzung, dass alle drei Punkte beschlossen werden, zustimmen kann.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss stimmt dem vorgenannten Antrag mit den Beschlusspunkten A bis C zu.

Stimmberechtigte: 8			
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Ausschussvorsitzender Stoltenberg erläutert sodann die Situation im Gehrtshorst. Hier liegt aus Sicht der Gemeinde aufgrund einer fehlenden Geschwindigkeitsbeschränkung ein großes Gefahrenpotential vor. Er bittet Herrn Evers aus Sicht der VKP Stellung zu nehmen. Herr Evers erklärt daraufhin, dass die VKP mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 Km/h sehr gut leben kann, 50 Km/h hält er dagegen für übertrieben langsam. Auf die Frage von Ausschussvorsitzendem Stoltenberg, ob die VKP auch eine andere Linienführung für denkbar hält, erklärt Herr Evers, dass dadurch ein so großer Umweg zu fahren wäre, dass er den Fahrgästen nicht mehr zuzumuten ist. Es schließt sich eine Diskussion an. Abschließend erklärt Herr Evers, dass er die Konsequenzen einer anderen Linienführung prüfen und mitteilen wird.

Bürgermeister Zurstraßen erklärt, dass wie bekannt, die Verkehrsaufsicht des Kreises Plön eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 Km/h abgelehnt hat. Daraufhin wurde Herr Dr. Becker gebeten, eine Rechtsprüfung durchzuführen, die nun vorliegt. Im Ergebnis gibt es gemäß § 45 Straßenverkehrsordnung noch Möglichkeiten, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung doch anzuordnen ist. Hierzu muss die Begründung u.a. jedoch noch einmal durch Verkehrszählungen und Messungen ergänzt werden. Gemäß § 45 Straßenverkehrsordnung spielen im übrigen auch der Lärmschutz und die Ökologie eine Rolle. Herr Zurstraßen würde daher empfehlen, einen weiteren Anlauf zu nehmen und nochmals einen Antrag mit ergänzter Begründung einzureichen. Zur Ermittlung der erforderlichen Daten sollte ein Gespräch mit dem Wasser- und Verkehrskontor geführt werden.

Nach weiterer Aussprache fasst der Bau- und Verkehrsausschuss den Beschluss, dass zur Ergänzung des Antrages auf die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung für die Straße Gehrtshorst ein Beratungsgespräch mit dem Wasser- und Verkehrskontor geführt werden soll.

Stimmberechtigte: 8			
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 5: Städtebaulicher Vertrag B-Plan Nr. 57 - Sachstandsbericht

Bürgermeister Zurstraßen teilt mit, dass der Entwurf eines städtebaulichen Vertrages für die Einrichtung des Versorgungszentrums durch Herrn Dr. Becker noch nicht vorliegt. Allerdings wurde Herrn Dr. Becker auch eine Frist bis zum 27. Mai gegeben, weil dann erst die öffentliche Auslegung abgeschlossen ist und die Vorbereitung der Abwägung der eingegangenen Anregungen auch von den Trägern öffentlicher Belange noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird.

TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen

Nach Aufforderung durch den Ausschussvorsitzenden erläutert Herr Cordts kurz den Antrag der EIS-Fraktion. Die ersten beiden Fragen haben sich dabei durch die Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes 7b „Auftragsvergabe Straßensanierung 2011“ bereits erledigt. Zur Frage drei hinsichtlich alternativer Verfahren bei der Straßensanierung soll nun Herr Levsen als Tiefbauingenieur und Gutachter entsprechend Stellung nehmen.

Herr Levsen erklärt daraufhin, dass die in dem Zeitungsartikel genannten Sanierungsverfahren nicht für Gemeindestraßen geeignet sind. Es geht dabei um eine 100 %-ige Wiederverwendung des Fräsgutes. Da es in unserem Bereich keine Maschine gibt, die das Fräsgut nach dem Fräsen gleich einschmelzen und zum Wiedereinbau aufbereiten kann, muss das Fräsgut also doch zum Mischwerk gefahren werden. Da zum einen beim Bau der Straße ein anderes Bindemittel genutzt wurde als heute üblich und zum anderen nicht bekannt ist, welche Bindemittel nach Aufgrabungen der Ver- und Entsorgungsträger genutzt werden, würde keine Firma eine Gewährleistung übernehmen, wenn das Fräsgut zu 100 % wieder eingebaut werden soll. Bei unterschiedlichen Bindemitteln ist davon auszugehen, dass die heute erforderlichen Parameter für das Mischgut und damit für die spätere Festigkeit der Asphaltdecke nicht gehalten werden können. Die beschriebenen Sanierungsverfahren sind daher eigentlich nur für Autobahnen oder Bundesstraßen interessant.

Im weiteren wurde im Artikel des ADAC auch die Verwendung von Polymerbeton angesprochen. Polymerbeton führt zu einer härteren Asphaltdecke, es ist deshalb auch ca. 10 % teurer. Polymerbeton ist sehr zäh und würde bei der Verwendung in Wohnwegen zu einer sehr rauen Oberfläche führen. In Wohnwegen ist die Verwendung von Polymerbeton aber auch nicht erforderlich, weil dort keine oder nur wenige LKW fahren, die eine sehr starke Belastung für die Straße bedeuten. Anders sieht es z.B. in Kiel beim Ostring oder Westring und auch wieder bei Autobahnen aus. Zum Flickern von Straßenschäden ist Polymerbeton nicht geeignet.

Herr Cordts dankt für die Ausführungen von Herrn Levsen, damit ist die Frage beantwortet. Zur Zeit sind diese alternativen Sanierungsmaßnahmen in Schönberg offensichtlich nicht

anwendbar. Das Thema „alternative Straßensanierungsmaßnahmen“ sollte ggf. jedoch später wieder aufgegriffen werden.

Frau Petersen spricht daraufhin Probleme an, die bei der Sanierung des Moorredders aufgetreten sein sollen. Herr Levsen erklärt hierzu, dass eine Erneuerung der Betonspurbahn aufgrund des Untergrundes zu teuer geworden wäre. Deshalb sollten die vorhandenen Betonspuren aufgenommen und nach dem Zerkleinern das Beton wieder eingebaut werden. Gleich beim 1. Teilstück ist dann aufgrund des moorigen Untergrundes die Fräse versackt und musste von einem Kran wieder herausgezogen werden. Es ist nun vorgesehen, dass die Betonspuren aufgeladen und im Kieswerk gebrochen und dann wieder angefahren werden. Weiterhin soll zunächst ein Flies eingebaut werden, um eine stärkere Festigkeit zu erhalten. Die Mehrkosten beziffert Herr Levsen mit ca. 6.000,- €.

Ausschussvorsitzender Stoltenberg berichtet von einer Mail zur Entsorgung der gelben Säcke in den Strandgebieten. Es handelt sich um das gleiche Problem, wie in den Vorjahren. Da niemand eine Visitenkarte hinterlässt, ist die Anwendung des Verursacherprinzips nicht möglich. Bürgermeister Zurstraßen schlägt vor, dass die Grundstückseigentümer noch einmal angeschrieben werden und dass ihnen dabei eine Liste mit Anbietern für einen Hausmeisterservice beigefügt wird. Im Ausschuss besteht Einigkeit, so zu verfahren.

gesehen:

Stoltenberg
- Ausschussvorsitzender -

Griesbach
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -

Zurstraßen
- Bürgermeister -